



Digitale Verwaltung Schweiz  
Administration numérique suisse  
Amministrazione digitale Svizzera

# Bericht zum Abschluss der E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023

im Auftrag des Beauftragten von  
Bund und Kantonen für die Digitale  
Verwaltung Schweiz

# Bericht des Beauftragten DVS zum Abschluss der E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023

Datum 28. Februar 2024

Inhaltsverzeichnis	1	Zweck und Aufbau des Berichts	2
	2	Hintergrund	3
	3	E-Government-Strategie Schweiz 2020-2023	5
	4	Zielerreichung	8
	5	Erkenntnisse	15
	6	Anhang	17



## 1 Zweck und Aufbau des Berichts

Ende 2023 ist die Strategieperiode der E-Government-Strategie Schweiz 2020-2023<sup>1</sup> zu Ende gegangen. Vor diesem Hintergrund soll die Umsetzung der Strategie im vorliegenden Bericht abschliessend dokumentiert und gewürdigt werden. Es sollen damit insbesondere übergreifende Erkenntnisse festgehalten werden, welche Bund, Kantone sowie Städten und Gemeinden bei ihren gemeinsamen Anstrengungen für die digitale Transformationen helfen sollen.

Dazu wird in Kapitel 2 zuerst der Hintergrund des vorliegenden Berichts erläutert. Kapitel 3 gibt eine Übersicht über die Eckwerte der E-Government-Strategie Schweiz 2020-2023. In Kapitel 4 wird die Erreichung der strategischen Ziele und der jeweiligen Umsetzungsziele der E-Government-Strategie Schweiz 2020-2023 analysiert. Bedeutende Projekte, Errungenschaften und Fehlschläge werden summarisch dargestellt. Zudem wird aufgezeigt, welche Ziele und Vorhaben in der Strategie DVS fortgeführt werden. Kapitel 5 richtet den Blick nach vorne und formuliert, was sich für die föderale Zusammenarbeit für die digitale Verwaltung bewährt hat und in welchen Bereichen Verbesserungspotenzial besteht.

Der Bericht wurde im Auftrag des Beauftragten von Bund und Kantonen für die Digitale Verwaltung Schweiz durch die Geschäftsstelle DVS mit externer Unterstützung erarbeitet.

<sup>1</sup> [https://www.digitale-verwaltung-schweiz.ch/application/files/3016/3636/7600/E-Government-Strategie-Schweiz-2020-2023\\_D\\_def.pdf](https://www.digitale-verwaltung-schweiz.ch/application/files/3016/3636/7600/E-Government-Strategie-Schweiz-2020-2023_D_def.pdf)

## 2 Hintergrund

Ein wichtiges Kapitel der digitalen Transformation der Schweizer Verwaltungen, das im Jahr 2008 mit der ersten gemeinsamen E-Government-Strategie Schweiz von Bund, Kantonen sowie Städten und Gemeinden seinen Anfang genommen hat, findet mit dem Abschluss der E-Government-Strategie Schweiz 2020-2023<sup>2</sup> sein Ende. Im Verlauf der Umsetzung der Strategie wurde ein neues Kapitel aufgeschlagen, das der Digitalen Verwaltung Schweiz (DVS).

Im 2022 wurden mit Inkrafttreten der öffentlich-rechtlichen-Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz<sup>3</sup> die institutionellen Grundlagen für diesen Übergang geschaffen. Die neue Organisation DVS wurde mit dem Zusammenschluss von E-Government Schweiz und der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK) begründet. Seit diesem Zeitpunkt liegt die Verantwortung für die E-Government-Strategie Schweiz bei der DVS. Die Ende 2023 verabschiedete Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2024-2027»<sup>4</sup> (Strategie DVS) löst die E-Government-Strategie Schweiz, die bis dahin für die DVS zusammen mit dem Leitbild der SIK weiterhin handlungsleitend war, als gemeinsame Dachstrategie von Bund, Kantonen sowie Städten und Gemeinden ab.

Der Übergang zur DVS war fest verankert in der E-Government-Strategie Schweiz 2020-2023 und hatte mit den Leitlinien der Kantone zur Digitalen Verwaltung von 2018<sup>5</sup> eine wichtige Grundlage. Der Übergang markiert jedoch mehr als eine organisatorische Stabsübergabe. Vielmehr steht er für einen Prozess hin zu einem neuen Verständnis der Verwaltungsmodernisierung. Damit reagierten Bund, Kantone sowie Städte und Gemeinden auf die vielfältigen Entwicklungen innerhalb und ausserhalb der öffentlichen Verwaltung seit 2008, die einen solchen Wandel sowohl erforderlich als auch möglich gemacht haben. Sie spiegelten damit die Entwicklungen in den einzelnen Gemeinwesen (und der Privatwirtschaft) wider, die diesen Wandel ebenfalls vollzogen.

Von besonderer Bedeutung für den Wandel war, dass die digitale Transformation einen festen Platz in der Politik eingenommen hat. Insbesondere durch die öffentliche Debatte zu grundlegenden Innovationen wie der staatlichen E-ID, der digitalen Souveränität und Selbstbestimmung sowie der künstlichen Intelligenz ist deutlich geworden, dass Politik und Verwaltung eng zusammenarbeiten müssen, was auch in der DVS institutionell verankert wurde. Weiter ist eine engere Zusammenarbeit der Bereiche Informatik und E-Government in den Fokus gerückt. Die Zusammenführung von E-Government Schweiz und der SIK spiegelt diese interdisziplinäre Herangehensweise wider. Zudem hat sich Schritt für Schritt eine Offenheit gegenüber Kooperationen innerhalb und zwischen den Staatsebenen entwickelt. Diese Offenheit zeigt sich nicht nur an einer zunehmenden Zahl an Kooperationen auf föderaler Ebene, sondern auch auf interkantonaler Ebene und zwischen Kantonen und ihren Gemeinden. So werden Querschnittsaufgaben vermehrt gemeinsam angegangen. Das Bundesgesetz zum Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (EMBAG)<sup>6</sup> unterstreicht die Bedeutung dieser Entwicklungen, indem es unter anderem die Zusammenarbeit zwischen den Staatsebenen vereinfacht.

Einer der wichtigen Treiber dieser Entwicklungen war, dass die digitale Transformation in den Verwaltungen an Dynamik, Breite und Tiefe gewonnen hat. Verwaltungen sind heute digitaler

<sup>2</sup> Schweizerische Eidgenossenschaft - E-Government Strategie Schweiz 2020-2023

<sup>3</sup> Schweizerische Eidgenossenschaft - Öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz

<sup>4</sup> BBl 2024 45 - Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2025-2027»

<sup>5</sup> KdK - Leitlinien der Kantone zur Digitalen Verwaltung

<sup>6</sup> Schweizerische Eidgenossenschaft - Bundesgesetz über den Einsatz von elektronischen Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben

und verantworten ein umfassenderes Portfolio digitaler Leistungen und Technologien<sup>7</sup> sowie Projekte und Beschaffungen<sup>8</sup> als noch vor einigen Jahren. Zudem nimmt die Veränderungsgeschwindigkeit zu und neue Technologien werden auch in den Verwaltungen schneller integriert. Schliesslich haben sich die Auswirkungen des Einsatzes neuer Technologien in den Verwaltungen auf die Anspruchsgruppen akzentuiert. So können die Transition zu Cloud-Technologien oder der Einsatz datenbasierter Systeme wie künstliche Intelligenz bei Verwaltungsentscheiden nicht mehr ausschliesslich aus einer E-Government- oder Informatikperspektive betrachtet werden. Insbesondere Recht und Ethik gewinnen an Bedeutung.

E-Government Schweiz hat sich seit ihrer Gründung für die Bündelung von Ressourcen, die Nutzung von Synergien und den Dialog zwischen den Gemeinwesen und den Disziplinen eingesetzt. Es sind eben jene Werte, die aufgrund der oben beschriebenen Herausforderungen künftig weiter an Bedeutung gewinnen werden. Mit dem in der E-Government-Strategie Schweiz 2020-2023 angestossenen Aufbau der DVS sollte dem auch künftig Rechnung getragen werden.

<sup>7</sup> DVS - Nationale E-Government Studie 2022 und Monitoringbericht 2022

<sup>8</sup> Forschungsstelle Digitale Nachhaltigkeit - Beschaffungsstatistik

### 3 E-Government-Strategie Schweiz 2020-2023

#### 3.1 Allgemeiner Zweck und Grundlagen

In der föderalen Schweiz sind bei der Abwicklung eines Behördengangs oft verschiedene Verwaltungsstellen involviert. Behörden der gleichen Staatsebene bieten zu grossen Teilen die gleichen oder sehr ähnliche Leistungen an. Die digitale Transformation erfordert daher einen hohen Abstimmungsgrad und birgt gleichzeitig ein grosses Potenzial im Erfahrungsaustausch zwischen den Verwaltungsstellen.

Vor diesem Hintergrund haben Bund, Kantone sowie Städte und Gemeinden erstmals 2008 eine gemeinsame E-Government-Strategie Schweiz beschlossen. Die E-Government-Strategie Schweiz 2008-2015 beruhte wie die beiden nachfolgenden Strategien von 2016-2020 und 2020-2023 auf der Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit von Bund und Kantonen<sup>9</sup>. Die Rahmenvereinbarung wurde 2012 und 2016 überarbeitet, um die Zusammenarbeit der drei Staatsebenen schrittweise zu stärken und die grundlegende Zielsetzung gemäss den aktuellen Entwicklungen im Bereich E-Government zu aktualisieren. Im Jahr 2022 wurde sie von der Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz<sup>10</sup> abgelöst.

In der E-Government-Strategie Schweiz 2020-2023 ist definiert, wie auch in den beiden vorherigen Strategien, welche Ziele die Staatsebenen gemeinsam verfolgen und welche Handlungsfelder zentral sind, um die Digitalisierung der Verwaltung aktiv zu steuern. Der Fokus lag auf jenen Handlungsfeldern, bei denen ein koordiniertes Vorgehen des Bundes, der Kantone sowie der kommunalen Ebene für die Bewältigung der digitalen Transformation erforderlich ist. Erfolgskritisch ist die Bewältigung von Querschnittsaufgaben unter Wahrung der Zuständigkeiten der drei staatlichen Ebenen.

#### 3.2 Inhalte

Die E-Government-Strategie Schweiz 2020-2023 setzt sich aus einem Leitbild, Prinzipien, Handlungsfeldern und strategischen Zielen zusammen.

Das **Leitbild** steht im Zeichen von «Digital First» und soll die langfristige Ausrichtung darlegen: Bund, Kantone sowie Städte und Gemeinden priorisieren die digitale Interaktion gegenüber analogen Angeboten für Bevölkerung und Wirtschaft. Innerhalb und zwischen den Verwaltungen sollen die Behördengänge durchgängig digitalisiert werden. Dabei wird auf eine inklusive und ökologisch nachhaltige Umsetzung Wert gelegt.

Die sieben **Prinzipien** gelten in den Vorhaben des strategischen Umsetzungsplans als handlungsleitend und sollen Bund, Kantone sowie Städten und Gemeinden darüber hinaus bei ihren Projekten zur Digitalisierung von Prozessen, Leistungen und Kommunikationskanälen als Orientierung dienen. Die sieben Prinzipien sind:

- Zielgruppengerechte Dienste und Informationen
- Automatisierte und durchgängige Prozesse
- Gemeinsame Datenverwaltung
- Offenheit und Transparenz
- Austausch und Zusammenarbeit
- Standardisierung und Interoperabilität
- Innovationsförderung und Technologiemonitoring

<sup>9</sup> Öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz 2020

<sup>10</sup> Öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz

Die E-Government-Strategie Schweiz 2020-2023 identifiziert vier zentrale Handlungsfelder, in deren Rahmen strategische Ziele zu verfolgen sind. Sie zeigen den auch im internationalen Vergleich dringendsten Handlungsbedarf für die digitale Transformation der Schweizer Verwaltungen auf.

Für die Strategieperiode 2020-2023 wurden vier **strategische Ziele** (jeweils ein Ziel pro Handlungsfeld) formuliert. An ihnen richtet sich die Gestaltung des Umsetzungsplans aus, in welchem Umsetzungsziele und Massnahmen sowie finanzielle Mittel festgelegt wurden. Die strategischen Ziele sind:

1. Digitale Interaktions- und Partizipationsangebote national ausbauen
2. Nationale Basisdienste für den elektronischen Behördenverkehr bereitstellen
3. Gesamtschweizerische Zusammenarbeit für die digitale Transformation verbindlich regeln
4. Wissen zur Digitalisierung der Verwaltung fördern und Vertrauen stärken

In Kapitel 4 werden die strategischen Ziele detailliert im Rahmen der Würdigung vorgestellt.

### 3.3 Umsetzung

Die Organisation «E-Government Schweiz» war bis einschliesslich 2021, als sie in die DVS überführt wurde, für die E-Government-Strategie Schweiz 2020-2023 verantwortlich. Die Organisation «E-Government Schweiz» setzte sich aus einem tripartiten Steuerungsausschuss, einem Planungsausschuss und einer Geschäftsstelle zusammen. Im Folgenden sind die jeweiligen Mitglieder per Dezember 2021 aufgeführt.

#### **Mitglieder des Steuerungsausschusses**

- Bundesrat Ueli Maurer, Eidgenössisches Finanzdepartement, Vorsitz
- Bundeskanzler Walter Thurnherr, Bundeskanzlei
- Staatssekretärin Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch, Staatssekretariat für Wirtschaft
- Regierungsrätin Maya Büchi-Kaiser, Kanton Obwalden
- Staatsrat Jean-Pierre Siggen, Kanton Freiburg
- Kanzleidirektor Daniel Spadin, Kanton Graubünden
- Stadtpräsident Michael Künzle, Stadt Winterthur
- Gemeindepräsident Boris Tschirky, Gemeinde Gaiserwald
- Peter Bernasconi, Vertreter des Schweizerischen Gemeindeverbandes

#### **Mitglieder des Planungsausschusses**

- Bertrand Loison, Vizedirektor Bundesamt für Statistik, Vorsitz
- Daniel Gruber, Vizedirektor Bundesamt für Justiz
- Dieter Tschan, E-Government-Koordinator des Bundes, Abteilung Digitale Transformation und IKT-Lenkung in der Schweizerischen Bundeskanzlei
- David De Groote, Leiter E-Government, Kanton Jura
- Silvano Petrini, Direktor des Zentrums für Informationssysteme, Kanton Tessin
- Hansjörg Hänggi, Leiter Kantonale Fachstelle E-Government, Basel-Stadt
- Peter Scholl, Leiter Gemeindeverwaltung, Moosseedorf
- Ivo Toman, Geschäftsführer E-Government Kanton St.Gallen und St.Galler Gemeinden
- Daniel Truttmann, Chief Digital Officer, Stadt Zug

sowie permanente Stellvertreterinnen und Stellvertreter im Planungsausschuss

- Sabine Brenner, Gruppenleitung Geschäftsstelle Digitale Schweiz, Bundesamt für Kommunikation (BAKOM)
- Stefan Schneider, Fachberater E-Government, Schweizerische Bundeskanzlei
- Philippe Hatt, Delegierter für Informatikfragen des Kantons Wallis
- Dominic Blumenthal, Leiter Politmonitoring und Netzwerk Lebendige Quartiere, Schweizerischer Städteverband
- Alexandra Collm, Leiterin Hauptabteilung Kunden, Stadt Zürich

#### **Mitarbeitende der Geschäftsstelle**

- Cédric Roy, Leiter Geschäftsstelle (bis April 2021)<sup>11</sup>
- Irem Kaynarca, Projektleiterin Monitoring
- Marcel Kessler, Projektleiter Umsetzungsplan
- Vanessa Eugster, Kommunikationsverantwortliche
- Corinne Wirth, Spezialistin Kommunikation (bis Oktober 2021)

Als Instrument für die Umsetzung der Strategie hat die Organisation «E-Government Schweiz» gemeinsam mit E-Government-Fachleuten aller Staatsebenen einen Umsetzungsplan erstellt. Der **Umsetzungsplan** wurde in jährlich rollender Planung mit weiteren Projekten ergänzt und darin festgehalten, welche Umsetzungsziele von E-Government Schweiz verfolgt und voll- bzw. teilfinanziert werden. Zudem wurde festgehalten, welche Organisation jeweils die Verantwortung trägt und welche Massnahmen umgesetzt werden. Diese **leistungsverantwortlichen Organisationen** sind im Anhang 2 aufgeführt.

Die Finanzierung der Projekte und Massnahmen sowie der Geschäftsstelle erfolgte gemäss der Rahmenvereinbarung paritätisch durch Bund und Kantone und betrug jährlich 5'000'000 Franken. Davon waren 1'000'000 Franken für die Geschäftsstelle und die Erfüllung der Grundaufgaben vorgesehen (u. a. Monitoring, Controlling, Gremienarbeit und Kommunikationsmassnahmen). Nach der Zusammenführung von E-Government Schweiz und der SIK per 2022 hat sich der jährliche Betrag auf 6'000'000 Franken erhöht. Insgesamt sind damit von 2020 bis 2023 22'000'000 Franken zur Verfügung gestanden. Dem Budget standen effektive Ausgaben von 21'172'829 Franken gegenüber. Im Anhang 3 ist eine Übersicht über die Verwendung der finanziellen Mittel zu finden.

<sup>11</sup> Ab April 2021 wurde die Geschäftsstelle von Peppino Giarritta, Beauftragter von Bund und Kantonen für die Digitale Verwaltung Schweiz, geleitet.

#### 4 Zielerreichung

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die Zielerreichung der E-Government-Strategie Schweiz 2020-2023. Je Umsetzungsziel ist vermerkt, ob die Massnahmen in der Strategieperiode abgeschlossen wurden und ob das Umsetzungsziel mit neuen Massnahmen der DVS nach 2023 fortgesetzt wird. Im Anschluss wird entlang der vier strategischen Ziele im Detail gewürdigt, inwieweit die Strategie umgesetzt wurde.

Thema	Umsetzungsziel	Status per 31.12.2023
<b>Digitale Interaktions- und Partizipationsangebote national ausbauen</b>		
E-Service	UZ 1 EasyGov.swiss ausbauen	Abgeschlossen und in Betrieb
	UZ 2 eUmzugCH schweizweit ausbreiten	Abgeschlossen und in Betrieb
	UZ 3 E-Voting neu ausrichten und stabilen Versuchsbetrieb sicherstellen	Abgeschlossen und in Betrieb, fortgesetzt in DVS
	UZ 4 Signaturvalidator schweizweit etablieren	Abgeschlossen und in Betrieb
Partizipation	UZ 5 E-Partizipationsprojekte auf kommunaler und kantonaler Ebene fördern	Abgeschlossen
Zugang	UZ 6 Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern	Abgeschlossen und fortgesetzt in DVS
	UZ 7 Behördenübergreifende E-Informationen und Betrieb des neuen ch.ch etablieren	Abgeschlossen und in Betrieb, fortgesetzt in DVS
<b>Nationale Basisdienste für den elektronischen Behördenverkehr Bereitstellen</b>		
IAM	UZ 8 E-ID umsetzen	Neu ausgerichtet und fortgesetzt in DVS
Daten	UZ 9 Behördenübergreifende Stammdatenverwaltung aufbauen (Aufbau Interoperabilitätsplattform)	Abgeschlossen und in Betrieb
	UZ 10 Nationalen Adressdienst aufbauen	Nicht abgeschlossen und fortgesetzt in DVS
	UZ 11 Anonymisierte und nicht vertrauliche Daten von Bund, Kantonen und Gemeinden frei zugänglich machen	Abgeschlossen und fortgesetzt in DVS
Standards	UZ 12 Standardisierung fördern	Fortgesetzt in DVS (Leistungsschwerpunkt)
<b>Gesamtschweizerische Zusammenarbeit für die digitale Transformation verbindlich regeln</b>		
Architektur	UZ 14 E-Government-Architektur für den strategischen Umsetzungsplan erarbeiten und führen	Fortgesetzt in DVS (Leistungsschwerpunkt)
Organisation	UZ 15 Projekte der Gemeinwesen in den Bereichen Informatik und E-Government unterstützen	Fortgesetzt in DVS (Leistungsschwerpunkt)
	UZ 16 Innovative Projekte fördern	Abgeschlossen und fortgesetzt in DVS (Leistungsschwerpunkt)
	UZ 17 Datenplattformen der Verwaltung fördern	Fortgesetzt in DVS (Leistungsschwerpunkt)
	UZ 21 Aufbau der Organisation Digitale Verwaltung Schweiz (DVS)	Abgeschlossen
Recht	UZ 18 Beratung und Koordination in rechtlichen Fragen anbieten	Fortgesetzt in DVS (Leistungsschwerpunkt)

Wissen zur Digitalisierung der Verwaltung fördern und Vertrauen stärken			
Vertrauen	UZ 13	Machbarkeitsstudie zur Nachvollziehbarkeit der Verwendung persönlicher Daten erarbeiten	Abgeschlossen
	UZ 19	Vertrauen der Bevölkerung und Wirtschaft in die elektronischen Behördenleistungen stärken	Fortsetzung in DVS (Leistungsschwerpunkt)
Wissen	UZ 20	Kenntnisse des Nutzenpotenzials von digitalen Prozessen bei der öffentlichen Verwaltung fördern	Fortsetzung in DVS (Leistungsschwerpunkt)

#### 4.1 Digitale Interaktions- und Partizipationsangebote national ausbauen

Durch ihre gemeinsamen Aktivitäten zielten Bund, Kantone sowie Städte und Gemeinden darauf ab, weitere Behördenleistungen schweizweit zu digitalisieren, deren Nutzerfreundlichkeit zu verbessern und vermehrt elektronische Kanäle zu schaffen, die es ermöglichen, an der Tätigkeit von Politik und Verwaltung teilzuhaben. Aufgeteilt in die drei Themen E-Service, Partizipation und Zugang wurden sieben Umsetzungsziele festgelegt (siehe Tabelle). Die Umsetzungsziele wurden in grossen Teilen erreicht.

##### Was Bund, Kantone sowie Städte und Gemeinden gemeinsam erreicht haben

Mit dem eUmzugCH (Umsetzungsziel 2, kurz UZ2) und dem Signaturvalidator (UZ4) wurden zwei schweizweite E-Services entwickelt und der eOperations Schweiz für den Betrieb übergeben. Zudem wurde ein überarbeitetes ch.ch als gemeinsame Informationsplattform für Bevölkerung und Wirtschaft lanciert (UZ7). Insbesondere mit dem eUmzugCH ist ein Vorhaben erfolgreich abgeschlossen worden, das sich durch eine enge Zusammenarbeit zwischen den drei Staatsebenen und einem direkten Mehrwert für die Bevölkerung auszeichnet. Der hohe Deckungsgrad von 54% bei den Städten und Gemeinden und 66% der Bevölkerungen und mehr als 143'000 elektronischen Umzugsmeldungen im 2023 (bis Oktober) bestätigt die Akzeptanz des ursprünglich vom Kanton Zürich initiierten Dienstes bei Einwohnerinnen und Einwohner sowie den Verwaltungen. Neben dem konkreten Mehrwert dieser Projekte konnten wertvolle Erfahrungen gemacht werden, die auch für künftige gemeinsame E-Services Orientierung bieten, insbesondere hinsichtlich gemeinsamer Betriebs- und Finanzierungsmodelle.

Die Neuausrichtung des E-Voting war ein weiteres wichtiges Umsetzungsziel, das mit der technischen Vorbereitung (u. a. Intrusionstests) und mit der Grundbewilligung des Bundesrates für die Durchführung von Versuchen mit der elektronischen Stimmabgabe in den Kantonen Basel-Stadt, St.Gallen und Thurgau erreicht wurde (UZ3). Bei den Abstimmungen vom 18. Juni 2023 und den eidgenössischen Wahlen vom 22. Oktober 2023 wurden diese Pilotversuche erfolgreich durchgeführt. Die Arbeiten gilt es auch in der neuen Strategieperiode fortzusetzen.

Auch konzeptionelle Grundlagen für Behördenportale konnten mit dem Architekturreview des Unternehmensportals EasyGov.swiss geschaffen werden (UZ1), um langfristig einen einfachen, harmonisierten Zugang zu den E-Services von Bund, Kantonen sowie Städten und Gemeinden zu ermöglichen. Gerade während der Pandemie hat sich EasyGov.swiss als wichtiger Kanal für eine unkomplizierte Abwicklung von Behördengeschäften für Unternehmen und Selbständige bewährt<sup>12</sup>. Hervorzuheben ist hierbei die Ausbezahlung der Covid-Überbrückungskredite über EasyGov.swiss. Die Arbeiten gilt es auch in der neuen Strategieperiode fortzusetzen.

Auch bedeutungsvoll sind die Errungenschaften in den Umsetzungszielen «E-Partizipationsprojekte auf kommunaler und kantonaler Ebene fördern» (UZ5) und «Innovative Projekte fördern»

<sup>12</sup> DVS – Monitoringbericht 2022

(UZ16). Diese Projekte haben die national ausgerichteten, eher «top-down» definierten Vorhaben des Umsetzungsplans um lokale und regionale Projekte ergänzt. Die Innovationskraft kleinerer Gemeinwesen wurde sichtbar gemacht. Ein Beispiel ist die Open-Source-Partizipations-Software «Decidim», die durch die Unterstützung von E-Government Schweiz in vielen kleinen und grösseren Pilotversuchen in der Schweiz erprobt werden konnte, zum Beispiel im Projekt «Stadtidee» in der Stadt Zürich und mit «Dialog Luzern» in der Stadt Luzern. Insgesamt wurden 14 Innovationsprojekte und 20 E-Partizipationsprojekte zwischen 2020 und 2023 von E-Government Schweiz mit rund 1'290'000 Franken gefördert.

### **Was Bund, Kantone sowie Städte und Gemeinden gemeinsam besser machen können**

Auch nach Abschluss der E-Government-Strategie Schweiz 2020-2023 bleibt die Nachfrage der Bevölkerung und der Wirtschaft nach digitalen Leistungen höher als das Angebot<sup>13</sup>. Dennoch ist das Angebot umfangreicher und vielfältiger geworden. Im Vergleich mit dem Vorjahr (2022: 63 %) können im 2023 78 % aller Behördendienste online abgewickelt werden<sup>14</sup>, wozu insbesondere der Angebotsausbau in den einzelnen Gemeinwesen beigetragen hat. Die gemeinsamen Umsetzungsziele haben dazu einen Beitrag leisten können, indem wichtige Impulse gesetzt, Grundlagen geschaffen und wertvolle Erfahrungswerte gesammelt wurden. Trotzdem wurde in der Breite das Potenzial zum gemeinsamen Ausbau der digitalen Interaktions- und Partizipationsangebote nicht ausgeschöpft. Eine grosse Herausforderung dabei war die gemeinsame Priorisierung. Es ist bis dato nicht gelungen die Erfahrungen aus dem eUmzugCH zu skalieren und eine zweite föderale Behördenleistung ähnlicher Grösse auf den Weg zu bringen. Für die Zukunft gilt es Lösungen zu finden, wie Bund, Kantone sowie Städte und Gemeinden gemeinsamen Ausbau konsequenter priorisieren und vorantreiben können.

#### 4.2 Nationale Basisdienste für den elektronischen Behördenverkehr bereitstellen

Bund, Kantone sowie Städte und Gemeinden haben es sich zum Ziel gesetzt, durch ihre gemeinsamen Aktivitäten die wichtigsten nationalen Basisdienste wie eine staatlich anerkannte elektronische Identität (E-ID) zu etablieren, eine Strategie für die gemeinsame Datenverwaltung zu erarbeiten und erste gemeinsame Register für Stammdaten aufzubauen. Auch mögliche Finanzierungs- und Betriebsmodelle gemeinsam genutzter Lösungen sollten hierbei frühzeitig geprüft werden. Aufgeteilt in die drei Themen Identitäts- und Zugriffsverwaltung, Daten und Standards wurden fünf Umsetzungsziele festgelegt. Alle fünf Umsetzungsziele wurden in grossen Teilen erfolgreich vorgebracht, werden jedoch auch in der nachfolgenden Strategieperiode aufgrund ihrer grossen Bedeutung in ähnlicher Form weiterverfolgt werden.

### **Was Bund, Kantone sowie Städte und Gemeinden gemeinsam erreicht haben**

Nachdem das E-ID-Gesetz (BGEID) in der Volksabstimmung am 7. März 2021 abgelehnt wurde, hat der Bundesrat im Dezember 2021 auf Basis einer umfassenden Konsultation und der Mitwirkung der Öffentlichkeit sowie der Kantone und Gemeinden einen Richtungsentscheid zur Neuausrichtung der E-ID getroffen und die Grundsätze für die Ausgestaltung eines künftigen staatlichen Identitätsnachweises festgelegt. Damit ist der Bundesrat verschiedenen Motionen der eidgenössischen Räte gefolgt<sup>15</sup>, welche wie das Referendum gegen das BGEID nicht gegen eine E-ID per se, sondern gegen die im BGEID vorgesehene Art der Umsetzung waren. Auf dieser Basis wurden die Arbeiten für die E-ID ab 2022 neu in der Agenda «Nationale Infrastrukturen und Basisdienste Digitale Verwaltung Schweiz» (kurz Agenda DVS) fortgesetzt (UZ8). Ein Fokus liegt seitdem auf der Vorbereitung der gesetzlichen Grundlage, der Durchführung von

<sup>13</sup> DVS – Nationale E-Government Studie 2022

<sup>14</sup> European Commission – eGovernment Benchmark 2022

<sup>15</sup> Schweizer Bundesversammlung – Vertrauenswürdige staatliche E-ID

Pilotvorhaben und einer engen Einbindung der Anspruchsgruppen. Die entsprechende Botschaft für ein neues E-ID-Gesetz wurde Ende November 2023 verabschiedet.

Ein weiterer Meilenstein konnte mit der Lancierung der I14Y-Interoperabilitätsplattform<sup>16</sup> im 2022 erreicht werden (UZ9). Sie bildet einen Grundpfeiler für eine behördenübergreifende Stammdatenverwaltung, indem sie als öffentliches Verzeichnis von Verwaltungsdaten aktuell bestehende Datensammlungen und Nomenklaturen auf allen Ebenen der Verwaltung publiziert. Die I14Y-Interoperabilitätsplattform trägt dazu bei, dass Personen und Unternehmen Daten nur einmal den Behörden melden müssen und dadurch entlastet werden (Basis zur Umsetzung des «Once-Only»-Prinzips). Die darauf aufbauenden Arbeiten für dieses Umsetzungsziel wurden ab 2022 schrittweise in die Agenda DVS überführt.

Mit dem Nationalen Adressdienst (NAD) konnte ein weiteres wegweisendes Vorhaben auf den Weg gebracht werden (UZ10). Mit Verzögerung wurde die Botschaft für das entsprechende Bundesgesetz im 2023 verabschiedet. Die weitere Umsetzung erfolgt in der Agenda DVS.

Die Massnahmen mit Bezug zu Open Government Data konnten im Wesentlichen abgeschlossen werden (UZ11). So wurde unter anderem eine Weiterbildung für Mitarbeitende von Bund, Kantonen sowie Städte und Gemeinden zum Thema «Data Management und Open Government Data» aufgebaut. Auch dieses Thema wird in der Agenda DVS und «Masterplan Open Government Data 2024-2027»<sup>17</sup> mit neuen Massnahmen fortgeführt.

Gleiches gilt für die Förderung der Standardisierung (UZ12). Der Verein eCH hat unter anderem Potenzialanalysen für Cloud Services und künstliche Intelligenz durchgeführt. Er wird in enger Zusammenarbeit mit der DVS auch weiterhin Standards für die digitale Verwaltung entwickeln.

### **Was Bund, Kantone sowie Städte und Gemeinden gemeinsam besser machen können**

Das strategische Ziel zur Bereitstellung von dringend erforderlichen Basisdiensten ist von herausragender Bedeutung für die gemeinsamen Aktivitäten von Bund, Kantonen sowie Städten und Gemeinden, was sich schliesslich in der Lancierung der Agenda DVS niedergeschlagen hat. Umso wichtiger ist eine kritische Reflexion. So konnten zwar wichtige Vorhaben vorangebracht werden, aber dies teilweise mit Verzögerungen. Die Verzögerungen waren mitunter verwaltungsintern (u. a. Verzug bei Stellenbesetzungen, Koordination zwischen Gemeinwesen) und mitunter durch politische Entscheide begründet (insb. E-ID-Referendum). Eine Ursache für diese Verzögerungen war eine zu späte und zu wenig aktive Einbindung der Anspruchsgruppen. Eine Volksabstimmung zu einem E-Government-Thema war ein Novum in der Schweiz. Ein technisch komplexes Vorhaben musste für die breite Bevölkerung verständlich kommuniziert werden. Eine weitere Ursache ist die isolierte Herangehensweise an bestimmte Vorhaben im Umsetzungsplan E-Government Schweiz. Insbesondere die Vorhaben im Bereich Datenbewirtschaftung sind gekennzeichnet durch zahlreiche Abhängigkeiten zu anderen Vorhaben bei Bund, Kantonen sowie Städten und Gemeinden, die nicht Teil des Umsetzungsplans waren. Es haben die Gefässe und Kapazitäten gefehlt, um diese Abhängigkeiten und die übergreifende strategische Ausrichtung proaktiv zu steuern. Dies umfasst auch die Standardentwicklung.

In der Summe konnten zwar wichtige Erfahrungen gesammelt und punktuell Fortschritte gemacht werden, aber es kam auch zu Verzögerungen. Gerade im Bereich der Basisdienste, in dem die Schweiz einen Rückstand aufweist<sup>18</sup>, sind Verzögerungen kritisch. Positiv hervorzuheben ist das schnelle Agieren nach dem Referendum zur E-ID und der Umstellung auf einen

<sup>16</sup> Schweizerische Eidgenossenschaft – I14Y-Interoperabilitätsplattform

<sup>17</sup> «Masterplan Open Government Data 2024-2027»

<sup>18</sup> European Commission – eGovernment Benchmark 2022

Ansatz, der eine breite Einbindung der Anspruchsgruppen inkl. der Bevölkerung und Politik und Kommunikation von Anfang an vorgesehen hat.

4.3 Gesamtschweizerische Zusammenarbeit für die digitale Transformation verbindlich regeln  
Ziel der gemeinsamen Aktivitäten von Bund, Kantonen sowie Städten und Gemeinden war es, Fragen der Organisation und der generellen rechtlichen Grundlagen zu klären und verbindlich zu regeln. Aufgeteilt in die drei Themen Architektur, Organisation und Recht wurden sechs Umsetzungsziele festgelegt. Alle sechs Umsetzungsziele konnten erreicht werden, und werden grösstenteils in den Leistungsschwerpunkten der DVS (Teil des Umsetzungsplans) fortgeführt.

#### **Was Bund, Kantone sowie Städte und Gemeinden gemeinsam erreicht haben**

Im Zentrum dieses Ziels stand die Schaffung und Operationalisierung der Zusammenarbeitsorganisation der DVS (UZ21). Per 1. Januar 2022 hat die neue Organisation ihren operativen Betrieb im Haus der Kantone aufgenommen und die Tätigkeiten der bisherigen Geschäftsstelle E-Government Schweiz und der Fachstelle der SIK übernommen. Die erforderlichen politischen, rechtlichen und organisatorischen Grundlagen konnten in enger Zusammenarbeit von Bund, Kantonen sowie Städten und Gemeinden fristgerecht erarbeitet werden. Neben der Fortsetzung der bestehenden Aktivitäten von E-Government Schweiz und der SIK hat die DVS im 2022 zudem mit der Umsetzung der Agenda DVS auf Basis einer Anschubfinanzierung des Bundes von insgesamt 15'000'000 Franken für die Jahre 2022 und 2023 begonnen. Mit dem EMBAG hat der Bund die gesetzlichen Grundlagen für die weitere gemeinsame Finanzierung mit den Kantonen geschaffen. Mit der Verabschiedung der Vereinbarung zwischen Bund und Kantonen über die Finanzierung der Agenda DVS für die Jahre 2024-2027 konnte auch dieser letzte Schritt im August 2023 abgeschlossen und die Grundlagen für eine gemeinsame Finanzierung von Infrastrukturen und Basisdiensten für die digitale Verwaltung gelegt werden.

Eine wichtige konzeptionelle Grundlage wurde mit der E-Government-Architekturvision erarbeitet (UZ14). Sie bietet Orientierung bei künftigen Vorhaben und der strategischen Ausrichtung der gemeinsamen Tätigkeiten von Bund, Kantonen sowie Städten und Gemeinden. Deren Weiterentwicklung und Verankerung soll im Rahmen der DVS vorangetrieben werden.

Die beiden Umsetzungsziele «Projekte der Gemeinwesen in den Bereichen Informatik und E-Government unterstützen» (UZ15) und «Datenplattformen der Verwaltung fördern» (UZ17) waren bis Ende 2021 finanzielle Unterstützungsbeiträge von E-Government Schweiz an die SIK. Mit dem Zusammenschluss der Organisationen wurden diese Aufgaben in die operativen Tätigkeiten der DVS integriert. Im Fokus standen dabei die verschiedenen Arbeitsgruppen der SIK wie beispielsweise die Telekommunikation, Voice, Informations- und Cybersicherheit oder Datenplattformen. Gleiches gilt für die Beratung und Koordination in rechtlichen Fragen, welche durch den Verein eJustice CH verantwortet wird und seit 2022 in der DVS fortgeführt wird (UZ18). Eine gesonderte Massnahme war das im 2021 durchgeführte «Monitoring E-Government-Recht», welche den Stand der Rechtsgrundlagen für die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs im Verwaltungsverfahren in der Schweiz ermittelt. Im 2023 wurde zudem ein Wissensblog zum Thema Recht lanciert, um die Beratung und Koordination in rechtlichen Fragen zu stärken.

#### **Was Bund, Kantone sowie Städte und Gemeinden gemeinsam besser machen können**

Das zentrale Vorhaben dieses strategischen Ziels wurde mit dem Aufbau der DVS umgesetzt. Zudem gilt es über alle strategischen Ziele hinweg anzuerkennen, dass E-Government Schweiz durch die gemeinsamen Tätigkeiten der drei Staatsebenen über die Jahre hinweg einen Prozess

des institutionellen Lernens gefördert hat. Die Zusammenarbeit konnte dadurch über die Strategieperioden hinweg schrittweise ausgebaut und verbessert werden. Wichtige Erfahrungswerte aus der Zusammenarbeit in den letzten Jahrzehnten sind dabei in die Gestaltung der DVS eingeflossen, wie beispielsweise die enge Einbindung der Politik, das Zusammenspiel der Bereiche Informatik und E-Government, eine stärkere institutionalisierte Rolle der gemeinsamen Gremien oder die Kombination von «top-down» und «bottom-up» Elementen.

Trotz dieser Errungenschaften bleibt ein Thema, das nicht ausreichend vorangetrieben wurde. Der Aufbau gemeinsamer Betriebs- und Finanzierungsmodelle wurde nur projektbezogen adressiert. Zwar wurde mit dem EMBAG auch hier eine wichtige rechtliche Grundlage geschaffen, doch fehlen weiterhin strategische und organisatorische Stossrichtungen für grundsätzliche Lösungen. Dies umfasst insbesondere die weitere Entwicklung und Ausrichtung der eOperations Schweiz.

#### 4.4 Wissen zur Digitalisierung der Verwaltung fördern und Vertrauen stärken

Mit diesem strategischen Ziel haben Bund, Kantone sowie Städte und Gemeinden festgelegt, durch ihre gemeinsamen Aktivitäten Wissen zu E-Government zielgruppengerecht für die Nutzerseite bei der Bevölkerung und der Wirtschaft sowie für die Umsetzenseite bei den Führungskräften und den Mitarbeitenden der Verwaltungen zu verankern und so das Vertrauen in die digitale Verwaltung zu stärken. Die Verwaltung sollte darüber hinaus das interne Verständnis für neue Technologien und deren Auswirkungen auf Mensch und Umwelt fördern und Wissen sowie Fähigkeiten aufbauen, um neue digitale Arbeitsweisen zu nutzen und den verwaltungsübergreifenden Kulturwandel zu ermöglichen. Aufgeteilt in die zwei Themen Vertrauen und Wissen wurden drei Umsetzungsziele festgelegt. Die geplanten Massnahmen konnten umgesetzt werden und werden zum Teil als Leistungsschwerpunkte der DVS fortgeführt.

#### **Was Bund, Kantone sowie Städte und Gemeinden gemeinsam erreicht haben**

Das Vertrauen und das Wissen zur digitalen Verwaltung wurden durch eine aktive Medienarbeit zu wichtigen Vorhaben der E-Government-Strategie Schweiz und die Erarbeitung kommunikativer Grundlagen (z. B. Basistexte, Content-Management, Videoproduktion, Website DVS, Medienmappe), eine Studie zum Wissensaufbau innerhalb der Verwaltung und die Unterstützung von Projekten, die unter anderem individuelle Kompetenzen im Umgang mit digitalen Technologien bei öffentlichen Verwaltungen der Schweiz fördern, gestärkt (UZ19). So konnte beispielsweise mit der Unterstützung der DVS der Verein Myni Gmeind gemeinsam mit seinem Partner, dem Schweizerischen Gemeindeverband SGV, erfolgreich den Grundkurs «Digital-Pionier» ins Leben rufen (UZ20). Durch dieses Engagement konnten bereits zahlreiche Mitarbeitende der Verwaltungen weitergebildet werden.

Einen wichtigen Beitrag hat zudem die alle drei Jahre durchgeführte Nationale E-Government-Studie<sup>19</sup> sowie der jährliche Monitoring-Bericht<sup>20</sup> geleistet, der Fachexpertinnen und -experten und die Öffentlichkeit über den E-Government-Fortschritt und allgemeine Entwicklungen informiert.

Die konkrete Frage, wie durch zusätzliche Transparenz für natürliche Personen mehr Vertrauen in die digitale Verwaltung geschaffen werden kann, wurde mit dem Umsetzungsziel «Machbarkeitsstudie zur Nachvollziehbarkeit der Verwendung persönlicher Daten erarbeiten» beantwortet (UZ13). Diese Frage wurde auch in der Nationalen E-Government-Studie 2022<sup>21</sup> untersucht. Die

<sup>19</sup> DVS – Nationale E-Government-Studie 2022

<sup>20</sup> DVS – Monitoringbericht 2022

<sup>21</sup> DVS – Nationale E-Government-Studie 2022

Erkenntnisse sind in die Vorbereitung neuer Massnahmen der DVS im Bereich Daten eingeflossen.

### **Was Bund, Kantone sowie Städte und Gemeinden gemeinsam besser machen können**

Trotz der erfolgreichen Umsetzung der geplanten Massnahmen muss die Wirkung auf das strategische Ziel kritisch reflektiert werden. Mit den Massnahmen wurde eine grundlegende Information der Öffentlichkeit und der Verwaltungen über die Aktivitäten und Entwicklungen im Bereich E-Government gewährleistet. Zudem konnten in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen vereinzelt neue Impulse gesetzt werden. Diese Beiträge im Sinne von «Basisleistungen» sind wertvoll.

Die Identifikation grösser angelegter Vorhaben mit entsprechend grösserer Wirkung haben sich jedoch als schwierig erwiesen. Entsprechend hat ein übergeordneter, strategischer Plan für dieses Ziel gefehlt. Dies hat auch dazu geführt, dass in der Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz Zukunftsthemen nicht proaktiv adressiert werden konnten («Agenda-Setting»), wie beispielsweise digitale Souveränität, künstliche Intelligenz und Cloud-Technologie. Möchten Bund, Kantone sowie Städte und Gemeinden in diesem Bereich auch künftig gemeinsame Aktivitäten durchführen, ist ein neuer Ansatz anzudenken. Die kommunikativen «Basisleistungen» sollten in jedem Fall weitergeführt werden, was auch in den Leistungsschwerpunkten der DVS entsprechend verankert ist.

## 5 Erkenntnisse

Insgesamt hat sich gezeigt, dass die föderale Zusammenarbeit einen nötigen Beitrag für eine effiziente und effektive digitale Transformation der Schweizer Verwaltungen leistet, aber auch im stetigen Wandel sein muss.

### **Auf föderaler Ebene muss mitgestaltet und nicht nur mitfinanziert werden.**

E-Government Schweiz war in der Lage, durch die Finanzierung von Projekten und Leistungen und die Aktivitäten der Geschäftsstelle wichtige Impulse in bestimmten Themenbereichen zu setzen. Die Gefässe und Kapazitäten, um die übergreifende strategische Ausrichtung dieser Themenbereiche mitzugestalten, waren jedoch nicht ausreichend gegeben. Insbesondere wenn nur einzelne Vorhaben grösserer, komplexer Themenbereiche, die mehrere Vorhaben und Dimensionen umfassten, in den Umsetzungsplan aufgenommen wurden (z. B. im Bereich Datenbewirtschaftung), war eine konsistente Mitgestaltung schwierig.

Auf föderaler Ebene sind daher Gefässe und Kapazitäten nötig, welche eine ganzheitliche Betrachtungsweise und Mitgestaltung über priorisierte Themenbereiche und deren Abstimmung untereinander ermöglichen, um mehr Flächenwirkung zu erreichen. Dazu zählen auch eine systematische Standardisierung und eine hierfür erforderliche konsequente, strategische Fortsetzung der Architekturentwicklung. Es erfordert eine Bewegung weg von der «Projektbetrachtung» hin zur «Themenbetrachtung».

### **Der gesamte «Life-Cycle» (von der Idee zum Betrieb) gemeinsam genutzter digitaler Leistungen ist strategisch einzubeziehen.**

Es besteht insbesondere Potenzial für die Stärkung der Zusammenarbeit in der Planungs- und Betriebsphase. Die Erfahrungen bei der Ausbreitung von eUmzugCH haben den Mehrwert eines koordinierten Ansatzes in diesen Phasen deutlich gemacht. Auch der Bereich Cybersicherheit erfordert zunehmend Koordination. Für laufende und künftige Vorhaben wie beispielsweise AGOV<sup>22</sup> sind diese Phasen daher frühzeitig und koordiniert mit den beteiligten Gemeinwesen zu planen. Eine strategische Grundlage hierfür haben E-Government Schweiz und die SIK 2018 mit der Gründung der eOperations Schweiz geschaffen, welche für die beteiligten Gemeinwesen gemeinsame Lösungen beschafft und betreibt. Zudem hat der Bund mit dem EMBAG die gesetzliche Basis dafür gelegt, für andere Schweizer Gemeinwesen Leistungen zu betreiben (z. B. AGOV) und sich an der eOperations Schweiz zu beteiligen.

Aufgrund der grossen Vielzahl an Infrastrukturen und Basisdiensten, die in den kommenden Jahren entwickelt und ausgebreitet werden sollen (vgl. Umsetzungsplan DVS 2024) und der zunehmenden Bedeutung von Synergien, gilt es diese Grundlagen nun weiterzuentwickeln und eine Diskussion zur strategischen Ausrichtung der gemeinsamen Planung und des Betriebs zu führen.

### **Die Kombination der stärkeren politischen Verankerung und der fachlichen Verbreiterung ist erfolgskritisch.**

Mit der Ausgestaltung des politischen Führungsgremiums der DVS (PFG) wurde die politische Verankerung der föderalen Zusammenarbeit im Bereich der digitalen Verwaltung über alle drei Staatsebenen institutionell gestärkt. Gleichzeitig sind unter anderem institutionelle Elemente der SIK übernommen und weiterentwickelt worden, welche eine deutlich breitere Einbindung und Mitgestaltung auf fachlicher Ebene ermöglichen. Hervorzuheben sind dabei die Delegiertenversammlung und die Arbeitsgruppen.

<sup>22</sup> Authentifizierungsdienst Schweizer Behörden



Auch in einzelnen Vorhaben hat sich die Kombination von politischer Verankerung («top-down») und einer umfassenden fachlichen Mitgestaltung («bottom-up») bewährt. Ein Beispiel hierfür ist die Neuausrichtung der E-ID nach dem Referendum im 2021. Gerade in diesem Beispiel hat sich weiter gezeigt, wie wichtig ein enges Zusammenspiel von Politik und Verwaltung für die digitale Transformation ist. In künftigen Themen der DVS wie der künstlichen Intelligenz und digitalen Souveränität akzentuiert sich dies.

## 6 Anhang

**Anhang 1: Zeitschiene E-Government Schweiz / Digitale Verwaltung Schweiz (DVS)**

Die folgende Tabelle stellt eine Auswahl wichtiger Meilensteine dar, die einen grossen Einfluss auf die Entwicklung der digitalen Verwaltung in der Schweiz haben.

Jahr	Meilenstein
2008	Erste E-Government-Strategie Schweiz von Bund, Kantonen sowie Städten und Gemeinden tritt in Kraft
2008	Sedex: Plattform für den sicheren Datenaustausch nimmt den Betrieb auf
2009	Öffentliche Ausschreibungen online publizieren: Bund, Kantone und Gemeinden lancieren das Portal simap.ch
2009	Eindeutiger Personenidentifikator: alle in der Schweiz wohnhaften Personen erhalten eine anonyme 13-stellige AHV-Nummer. Eine wichtige Grundlage für den elektronischen Behördenverkehr ist damit geschaffen, wird aber erst domänenspezifisch genutzt
2010	E-Steuern: Privatpersonen können in allen Kantonen die Steuererklärung elektronisch einreichen
2010	Gründung der interkantonalen Fachgruppe E-Government durch die Staatsschreiberkonferenz
2010	SuisseID lanciert: Instrument für die elektronische Identifizierung und Unterschrift
2011	Unternehmens-Identifikationsnummer (UID) ersetzt die sechsstellige MWST-Nummer
2012	Start Aktionsplan: Bund und Kantone unterstützen erstmals gemeinsame Digitalisierungsprojekte finanziell im Rahmen der E-Government-Strategie Schweiz
2012	E-Government-Standards: 10-jähriges Bestehen des Vereins eCH
2013	opendata.swiss: nationales OGD-Portal geht online
2016	Start E-Government-Strategie Schweiz 2016-2019 mit neuer Organisation
2017	Start der Förderung von Innovationsprojekten durch E-Government Schweiz
2017	EasyGov: nationales E-Government-Portal für Unternehmen geht online
2017	eMWST: Start elektronische Deklaration der MWST für Unternehmen
2018	Veröffentlichung der ersten Nationalen E-Government-Studie (NEGOV)
2018	eUmzugCH: 10 Kantone bieten den Service für die elektronische Umzugsmeldung an
2018	Gründung eOperations Schweiz AG: Gesellschaft für den Betrieb gemeinsamer E-Government-Dienste
2019	Bundesrat beschliesst Neuausrichtung des Versuchsbetriebs von E-Voting und stellt Einführung als ordentlicher Stimmkanal zurück
2019	Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) verabschiedet «Leitlinien der Kantone zur Digitalen Verwaltung»
2020	Start E-Government-Strategie Schweiz 2020-2023
2020	Start der Förderung von E-Partizipationsprojekten durch E-Government Schweiz
2021	Neulancierung der staatlichen E-ID nach Ablehnung des BGEID durch das Volk
2021	Gemeinsamer Beschluss des Bundesrates und der KdK zur Gründung der DVS und Zusammenführung von E-Government-Schweiz und der SIK sowie Unterzeichnung der öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung über die DVS
2021	Beschluss des Bundesrates zur Anschubfinanzierung der Agenda «Nationale Infrastrukturen und Basisdienste Digitale Verwaltung Schweiz» über insgesamt 15 Mio. Franken für 2022 und 2023
2022	Operativer Start der Organisation Digitale Verwaltung Schweiz (DVS)
2022	Lancierung der I14Y-Interoperabilitätsplattform
2023	Verabschiedung des Bundesgesetzes über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (EMBAG)



2023	Verabschiedung der Botschaft zum neuen Bundesgesetz über das nationale System zur Abfrage von Adressen natürlicher Personen (ADG)
2023	Verabschiedung der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Kantonen über die Finanzierung von Projekten der Agenda «Nationale Infrastrukturen und Basisdienste Digitale Verwaltung Schweiz» für die Jahre 2024-2027
2023	Versuchsbetrieb für E-Voting in den Kantonen Basel-Stadt, St.Gallen und Thurgau
2023	Verabschiedung der Botschaft zum neuen Bundesgesetz über den elektronischen Identitätsnachweis und andere elektronische Nachweise (BGEID)
2023	Verabschiedung der Strategie Digitale Verwaltung Schweiz 2024-2027

**Anhang 2: Leistungsverantwortliche Organisationen 2020-2023**

Umsetzungsziel	Leistungsverantwortliche Organisation
UZ 1	Staatssekretariat für Wirtschaft SECO, Ressort KMU-Politik
UZ 2	eOperations Schweiz AG
ZU 3	Bundeskanzlei (BK)
ZU 4	Bundeskanzlei (BK DTI)
ZU 5	Geschäftsstelle E-Government Schweiz (bis 2021) / Digitale Verwaltung Schweiz (ab 2022)
ZU 6	Bundeskanzlei (BK)
ZU 7	Bundeskanzlei (BK)
ZU 8	Bundesamt für Justiz (BJ)
ZU 9	Bundesamt für Statistik (BFS)
ZU 10	Bundesamt für Statistik (BFS)
ZU 11	Bundesamt für Statistik (BFS)
ZU 12	Verein eCH
ZU 13	Geschäftsstelle E-Government Schweiz (bis 2021) / Digitale Verwaltung Schweiz (ab 2022)
ZU 14	Bundeskanzlei (BK DTI)
ZU 15	Geschäftsstelle E-Government Schweiz (bis 2021) / Digitale Verwaltung Schweiz (ab 2022)
ZU 16	Geschäftsstelle E-Government Schweiz (bis 2021) / Digitale Verwaltung Schweiz (ab 2022)
ZU 17	Geschäftsstelle E-Government Schweiz (bis 2021) / Digitale Verwaltung Schweiz (ab 2022)
ZU 18	Verein eJustice CH
ZU 19	Geschäftsstelle E-Government Schweiz (bis 2021) / Digitale Verwaltung Schweiz (ab 2022)
ZU 20	Geschäftsstelle E-Government Schweiz (bis 2021) / Digitale Verwaltung Schweiz (ab 2022)
ZU 21	Generalsekretariat des Eidgenössischen Finanzdepartements (GS-EFD)

### Anhang 3: Mittelverwendung

Umsetzungsziel	2020	2021	2022	2023	Total
1 EasyGov.swiss ausbauen	100'000	100'000	-	200'000	400'000
2 eUmzugCH schweizweit ausbreiten	100'000	80'000	.	-	180'000
3 E-Voting neu ausrichten und stabilen Versuchsbetrieb sicherstellen	250'000	650'000	290'000	450'000	1'640'000
4 Signaturvalidator schweizweit etablieren	440'000	150'000	-	-	590'000
5 E-Partizipationsprojekte auf kommunaler und kantonaler Ebene fördern	140'000	179'707	141'850	80'000	541'557
6 Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern	900'000	930'000	930'000	900'000	3'660'000
7 Behördenübergreifende E-Information und Betrieb des neuen ch.ch etablieren	100'000	70'000	70'000	100'000	340'000
<b>Strategisches Ziel 1 (Interaktions-/ Partizipationsangebote)</b>	<b>2'030'000</b>	<b>2'159'707</b>	<b>1'431'850</b>	<b>1'730'000</b>	<b>7'351'557</b>
8 E-ID umsetzen	410'000	150'000	(Agenda DVS)	(Agenda DVS)	560'000
9 Behördenübergreifende Stammdatenverwaltung aufbauen	68'000	221'100	50'000	300'000	639'100
10 Nationalen Adressdienst aufbauen	214'000	457'100	(Agenda DVS)	(Agenda DVS)	671'100
11 Anonymisierte und nicht vertrauliche Daten von Bund, Kantonen und Gemeinden frei zugänglich machen	-	87'800	46'900	150'000	284'700
12 Standardisierung fördern	198'000	250'000	209'212	250'000	907'212
<b>Strategisches Ziel 2 (Basisdienste)</b>	<b>890'000</b>	<b>1'166'000</b>	<b>306'112</b>	<b>700'000</b>	<b>3'062'112</b>
13 Machbarkeitsstudie zur Nachvollziehbarkeit der Verwendung persönlicher Daten erarbeiten	65'000	125'642	-	-	190'642
14 E-Government-Architektur für den strategischen Umsetzungsplan erarbeiten und führen	100'000	200'000	450'000	100'000	850'000
15 Projekte der Gemeinwesen in den Bereichen Informatik und E-Government unterstützen	188'000	114'000	-	-	302'000
16 Innovative Projekte fördern	200'000	160'000	196'000	195'000	751'000
17 Datenplattformen der Verwaltung fördern	25'000	25'000	-	-	50'000
18 Beratung und Koordination in rechtlichen Fragen anbieten	70'000	54'000	54'000	54'000	232'000
<b>Strategisches Ziel 3 (Zusammenarbeit)</b>	<b>648'000</b>	<b>678'642</b>	<b>700'000</b>	<b>349'000</b>	<b>2'375'642</b>
19 Vertrauen der Bevölkerung und Wirtschaft in die elektronischen Behördenleistungen stärken	7'000	29'044	33'718	100'000	169'762
20 Kenntnisse des Nutzenpotenzials von digitalen Prozessen bei der öffentlichen Verwaltung fördern	22'000	33'600	21'540	170'000	247'140
21 Aufbau der Organisation Digitale Verwaltung Schweiz (DVS)	-	360'450	-	-	360'450
<b>Strategisches Ziel 4 (Wissen und Vertrauen)</b>	<b>29'000</b>	<b>423'094</b>	<b>55'258</b>	<b>270'000</b>	<b>777'352</b>
Nationale E-Government-Studie		51'734	53'481		105'215
<b>Total Ausgaben Projekte</b>	<b>3'597'000</b>	<b>4'427'443</b>	<b>2'493'220</b>	<b>3'049'000</b>	<b>13'566'663</b>
Geschäftsstelle	1'000'000	1'000'000	2'345'458	2'833'780	7'179'238
Arbeitsprogramm ICT (ehem. SIK)			296'928	130'000	426'928
<b>Total Ausgaben E-Government Schweiz und DVS</b>	<b>4'597'000</b>	<b>5'427'443</b>	<b>5'135'606</b>	<b>6'012'780</b>	<b>21'172'829</b>
Kredit Grundfinanzierung <sup>1</sup>	5'000'000	5'000'000	6'000'000	6'000'000	22'000'000
Differenz	403'000	(427'443)	(864'394)	(12'780)	827'171
<b>Finanziert über die Agenda DVS<sup>2</sup></b>					
E-ID	-	-	450'000	1'300'000	1'750'000
Nationaler Adressdienst (NAD)	-	-	530'000	1'020'000	1'550'000

#### Bemerkungen:

<sup>1</sup> Mit der Zusammenführung von E-Government Schweiz und der SIK wurden deren finanziellen Mittel zusammengelegt, wodurch sich die Grundfinanzierung um 1'000'000 Franken erhöht hat.

<sup>2</sup> Die beiden Projekte wurden ab 2022 neu in der Agenda DVS geführt und über deren Mittel finanziert.

**Anhang 4: Liste aller E-Partizipationsprojekte 2020-2023**

Jahr	Organisation	Projekt
2023	Gemeinde Oberägeri	Best-Practice-Prozess für den digitalen Einbezug der Bevölkerung in den Strategieprozess
	Verein Demokratis	Demokratis - die Plattform für Vernehmlassungen
	Stadt Zug	Stärkung der E-Partizipation durch Nutzung der E-ID
2022	Verein decidim.swiss	Pilotierung eines geteilten Betriebsmodells für Open Source Partizipationsplattformen
	Gemeinde Saint-Maurice	Cityimpact
	Stadt Winterthur	WinLab-Kokreationsplattform: Digitale Matchmaking & Ideation Plattform
	Stadt Uster	E-Partizipation am Beispiel der nutzerorientierten Gestaltung der Website uster.ch
	Kanton Basel-Landschaft	E-Collecting für kantonale Unterschriftensammlungen
2021	Kanton Zug	Kooperative Zusammenarbeit über eine digitale, standardisierte Plattform ermöglichen
	Gemeinden Bitsch, Täsch und Salgesch	Online-Urversammlungen im Oberwallis
	Stadt Lugano	Speakers' Corner
	Stadt Zürich	Decidim-Netzwerk Schweiz
	Stadt Arbon	ePartizipationsplattform für Mitwirkungsprozesse auf meinthurgau.ch
	Regio Frauenfeld	Die «Regio Frauenfeld-App» – Für effizientere Gemeinden und mehr Bürgerbeteiligung in der Region Frauenfeld
	Stadt Lausanne	Lausanne macht mit – digitale Plattform für Bürgerpartizipation
2020	Kanton Genf	Genfer Plattform zur Bürgerbeteiligung
	Gemeinde Goldach	Gesamtrevision der Ortsplanung Goldach
	Stadt Winterthur	Digitale Community-Plattform zur Förderung der Partizipation und Interaktion im Quartier sowie mit der Stadtverwaltung
	Stadt Zürich	«Quartieridee» - Partizipativer Ideen- und Budgetierungsprozess im Zürcher Quartier Wipkingen
	Stadt Yverdon-les-Bains	Interkommunales Geo-Portal zur Nutzung des öffentlichen Raums

**Anhang 5: Liste aller Innovationsprojekte 2020-2023**

Jahr	Organisation	Projekt
2023	Konferenz der Stadtmänner von Zürich	Schweizweite Betreibungsregister-Auskunft
	Stadt Winterthur	Winterthur@Metaverse
	Stadt Freiburg	Parkbewilligung in der ganzen Schweiz
	Republik und Kanton Genf	Von einem standardisierten Werkzeug für eAccessibility-Audits profitieren
2022	Eidgenössische Technische Hochschule (ETH) Zürich, Center for Development and Cooperation NADEL	Anwendung von Natural Language Processing (NLP) auf die nicht-finanzielle Berichterstattung von Schweizer Unternehmen
	IPM, OST – Ostschweizer Fachhochschule	goVR
	Spring Act	Chatbot «Sophia» für Betroffene von häuslicher Gewalt
2021	Zürcher Hochschule der Künste	PROJEKT CH+ Games for Democracy
	Stadt St. Gallen	RPA@SG   Ein Pilotprojekt zur Robotic Process Automation in der Stadtverwaltung
	Kanton Zürich	Digital Literacy: Mit Simulationen Medienkompetenz stärken
	Stadt Biel	iciGov
2020	Kanton Aargau	Automatisierte Mailverarbeitung durch KI
	Kanton St. Gallen	Studie Bürger-Unternehmen-Access-Architektur
	Kanton Jura	Eine ökologische private Blockchain für digitales Vertrauen in der Schweiz